

FWK Henseler, Andreas
Rathaus Spanischer Bau,
Raum B 229
50667 Köln

Tel. 0221 / 221-23840

Fax 0221 / 221-28770

E-Mail Andreas.Henseler@stadt-
koeln.de

An den Vorsitzenden
des Rates

Herrn Oberbürgermeister
Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 27.08.2015

AN/1310/2015

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	10.09.2015

Kostenerstattung für zusätzlichen Verwaltungsaufwand durch fehlerhafte und manipulative Briefwahl-Postkartenaktion der SPD

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

parallel zu den amtlichen von der Stadtverwaltung Köln versandten Wahlunterlagen fanden die Wählerinnen und Wähler eine Postwurfsendung der SPD im Briefkasten. Sie erhielten verbunden mit einer Wahlwerbung für deren OB Kandidaten eine amtlich aussehende Rückantwortkarte an die städtische Wahlorganisation zur Anforderung von Briefwahlunterlagen. Um den winzigen und kaum sichtbaren Absender SPD zu erkennen, benötigte man eine große Lupe und reichliche detektivische Erfahrung. Folglich hielten viele Kölner Bürgerinnen und Bürger dies für eine offizielle städtische Aufforderung zur Bestellung von Briefwahlunterlagen und eine amtliche Wahlwerbung für den SPD-Kandidaten.

Der Oberbürgermeister gab aufgrund zahlreicher Anrufe irritierter Kölnerinnen und Kölner eine offizielle Klarstellung heraus. Die Leiterin der Wahlorganisation kündigte in der Presse an, man werde von jedem, der eine solche Karte einschickt, die Telefonnummer ermitteln und ihm persönlich mitteilen, dass nur mit dem offiziellen Antrag Briefwahlunterlagen angefordert werden können.

Inzwischen hat die Wahlleiterin nach erweiterter juristischer Prüfung mitgeteilt, die SPD-Rückantwortkarten würden von der Verwaltung dergestalt bearbeitet, dass sie deren Absen-

der ohne Ausnahme anschreiben lasse, weil ein Unterschriftenfeld auf den Karten ebenso fehle wie eine Anforderung für Stichwahlunterlagen.

Vor diesem Hintergrund stellen die Freien Wähler folgenden Antrag:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert zu erfassen, wie viel Mehraufwendungen ihr in jeder Hinsicht durch die SPD-Postwurfsendung entstanden sind. Dabei soll von zusätzlichen Portokosten (einschließlich Nachgebühren) über zusätzlichen Personalaufwand (einschließlich interner und externer Rechtsberatung) bis zu zusätzlichen Telefon- und sonstigen Kontaktkosten (neue Anschreiben) eine Auflistung erstellt werden, die als Grundlage für eine Rechnungsstellung dienen kann.
2. Die Verwaltung soll auf der Grundlage von Punkt 1 der SPD die von ihr verursachten unnötigen Kosten in Rechnung stellen.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Andreas Henseler